

Herr Bundeskanzler und Bundesminister  
Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.  
Bundesministerium für europäische  
und internationale Angelegenheiten,  
Minoritenplatz 8, 1010 Wien  
Elektronisch per eMail: [alexander.schallenberg@bmeia.gv.at](mailto:alexander.schallenberg@bmeia.gv.at)

Wien, 20. Februar 2025

**Betreff: EU-Außenministerrat am 24. Februar 2025 – Auswirkungen der Einstellung der USAID-Auslandshilfe**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler und Bundesminister,

mit großer Besorgnis verfolgen wir die Entwicklungen in den USA, insbesondere die Entscheidung, die Auszahlung von Mitteln für Internationale Entwicklung und Humanitäre Hilfe durch die US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) für eine 90-tägige Überprüfungsperiode auszusetzen sowie bereits geleistete Auslandshilfe einzustellen. Dies stellt einen verheerenden Rückschlag für Millionen von Menschen dar, die von multiplen Krisen betroffen sind.

Mit einem Anteil von über 42 % an der weltweiten Humanitären Hilfe (2024, siehe UNOCHA) spielen die USA eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung lebensrettender Programme in Konflikt- und Katastrophengebieten. Für die 305 Millionen Menschen, die heuer dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen sein werden<sup>1</sup>, bedeutet diese Maßnahme, dass lebenswichtige Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, sauberes Wasser und Bildung massiv eingeschränkt oder gänzlich gestrichen werden. Besonders betroffen sind Regionen wie das südliche und östliche Afrika (85 Millionen Menschen) sowie der Nahe Osten und Nordafrika (59 Millionen Menschen), wo der drohende Wegfall der USAID-Förderungen katastrophale Folgen haben wird.

Bereits jetzt haben viele lokale Organisationen, die das Rückgrat der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit bilden, Programme eingestellt, Mitarbeiter\*innen entlassen und stehen vor der Schließung. Dies gefährdet nicht nur kurzfristig das Leben zahlreicher Menschen, sondern untergräbt auch langfristig den Aufbau widerstandsfähiger Strukturen.

Als Dachverband von 38 österreichischen Organisationen der Internationalen Entwicklung und Humanitären Hilfe sprechen wir den betroffenen Gemeinschaften und den Einsatzkräften an vorderster Front unsere Solidarität aus. Wir appellieren daher an Sie, sich insbesondere auf EU-Ebene für folgende Maßnahmen einzusetzen:

---

<sup>1</sup> [Global Humanitarian Overview 2025 \[EN/AR/FR/ES\] | OCHA](#)



1. **Aufnahme der USAID-Krise auf die Tagesordnung des EU-Außenministerrates am 24. Februar 2025**  
→ Es sollte diskutiert werden, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten auf die drohende Finanzierungslücke reagieren können. Die EU, die sich als Verfechterin von Menschenrechten, nachhaltiger Entwicklung und internationaler Zusammenarbeit versteht, sollte eine koordinierte Antwort auf diese dramatische Entwicklung formulieren.
2. **Aufstockung der EU- und nationalen Mittel für Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit**  
→ Um die Lücke zu füllen, die die USA hinsichtlich der Sicherstellung des Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen für notleidende Menschen hinterlassen und die Sichtbarkeit für die EU zu erhöhen, sollten Österreich sowie die EU und ihre Mitgliedstaaten zusätzliche Mittel bereitstellen.
3. **Einrichtung eines Sonderfonds zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen**  
→ Dieser Fonds sollte lokale und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen in den von der Finanzierungslücke betroffenen Partnerländern absichern. Nur so kann sichergestellt werden, dass Programme zur Förderung von Gesundheit, Bildung, Gleichstellung und demokratischer Regierungsführung fortgeführt werden.
4. **Übernahme einer Führungsrolle der EU in der internationalen Zusammenarbeit**  
→ Die EU sollte sich in globalen Diskussionen zu Internationaler Zusammenarbeit sowie Entwicklung und Humanitärer Hilfe verstärkt positionieren und ein starkes politisches Signal setzen, dass Europa ein verlässlicher Partner für den Globalen Süden bleibt.
5. **Strategische Weichenstellung für den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen**  
→ Die aktuelle Krise muss ein Weckruf sein, die Mittel für Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit langfristig zu erhöhen und nachhaltige Finanzierungsmechanismen abzusichern.

Erste Rückmeldungen aus unserem Netzwerk zeigen, dass sich die Auswirkungen der USAID-Krise nicht nur auf direkte Empfänger\*innen von US-Geldern beschränken. Vielmehr geraten über internationale Netzwerke, multilaterale Programme und Partnerorganisationen weltweit zahlreiche Strukturen unter Druck. Organisationen, die mit UN-Programmen oder großen internationalen Konsortien arbeiten, stehen bereits vor Unsicherheiten hinsichtlich ausbleibender Finanzierungszusagen, Verzögerungen oder dem vollständigen Stopp von Programmen. Sollte sich diese Situation weiter verschärfen, droht langfristig eine Destabilisierung mit globalen Konsequenzen aufgrund fehlender humanitärer und entwicklungspolitischer Maßnahmen.



Sehr geehrter Herr Bundeskanzler und Bundesminister, wir stehen Ihnen für vertiefende Gespräche und weitere Analysen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen,

Mag. Lukas Wank, MSc  
Geschäftsführung AG Globale Verantwortung